

ENERGIE

Unabhängige Zeitschrift für Energietechnik, -wirtschaft und -politik

34. Jahrgang Heft 7

Gräfelfing Juli 1982

Bürgerinitiativen — warum?

Beim „Energietag Bayern“ trug Dr. Ortwin Renn, KFA, Thesen zu Bürgerinitiativen vor —
ENERGIE gibt diese Thesen in vollem Wortlaut wieder

Warum sind überhaupt Bürgerinitiativen entstanden?

- Die zunehmende Aufgabenverlagerung vom privaten auf den öffentlichen Sektor und die damit verbundene Übernahme politischer Planungsaufgaben durch die Verwaltung hat deren Machtspielraum vergrößert, ohne daß die Bürger oder andere gesellschaftliche Gruppen genügend Möglichkeiten der Einflußnahme gewinnen konnten.
- Zusammen mit der Verstärkung der Planungsgewalt durch die Verwaltung führten der höhere Grad der Komplexität der zur Abschätzung vorgelegten Entscheidungen, die zunehmende Spezialisierung der politischen Mandatsträger und die Ange-

wiesenheit der Parlamentarier auf das Urteil externer Experten zu einem Funktionsverlust der Parlamente, zumindest in den Augen der Öffentlichkeit.

- Die zur Rechtfertigung von Planungsvorhaben berufenen Experten und Sachverständigen verloren um so mehr an Überzeugungskraft, je mehr sie in den Augen der Öffentlichkeit sich widersprechende Urteile abgaben. Dies führte in der Öffentlichkeit zu dem Eindruck, daß Experten grundsätzlich interessegebunden seien.
- In dem Maße, in dem traditionell unpolitische Posten, etwa Schuldirektoren oder Volkshochschulleiter, nach Parteienproporz besetzt wurden, wei-

tete sich der politische Interessenkonflikt auch auf die Alltagssphäre aus und trug zur Polarisierung der Bürger bei.

- In dem Maße, wie rein quantitative wirtschaftliche Ziele an Bedeutungskraft verloren, weil ökonomische Sättigungsgrenzen erreicht sind, wurden in zunehmendem Maße qualitative Zielvorstellungen zentral (wie beispielsweise Umweltschutz, saubere Natur oder Freude an der Arbeit), bei denen es sehr viel schwieriger ist, eine Übereinstimmung zwischen verschiedenen Bürgergruppen zu erzielen.

Warum gibt es so viele Bürgerinitiativen im Bereich der Ökologie?

→ Seite 225

Bürgerinitiative — warum?

- Nach weitgehenden Sättigungsercheinungen im materiellen Bereich, zumindest in der oberen Mittelschicht, erhält die Umwelt eine neue Zentralstellung innerhalb des persönlichen Wertesystems.
- Die traditionelle links-rechts Orientierung in der Politik erschwert eine politische Bewältigung der Umwelt-Problematik, weil die Fronten quer durch die Parteien, Gewerkschaften und andere relevante Verbände verlaufen. Die mangelnde Resonanz auf Seiten der politischen Mandatsträger gegenüber Umwelt-Fragen hat sicher dazu beigetragen, daß umweltbewußte Bürger sich nicht mehr vertreten fühlten und sich daher selbst organisiert haben.
- Das Bewußtsein über die Grenzen des Wachstums, die Sorge vor Umweltkatastrophen und apokalyptische Ängste haben die emotionale Handlungsbereitschaft erhöht und zur Mobilisierung vieler Bürger beigetragen.
- Bei größeren Industrieprojekten ist

die Schere zwischen Nutznießern und den Trägern des Risikos besonders weit geöffnet und macht daher lokale Proteste erklärbar.

- Das Engagement für Natur und Umwelt hilft, Orientierungskrisen in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft zu überwinden und neue Sinninhalte für ein geborgenes und erfülltes Leben zu vermitteln.

Wie sind Bürgerinitiativen in unserer politischen Landschaft zu bewerten?

- Bürgerinitiativen können einen positiven Beitrag zur Lösung politischer Konflikte leisten, wenn sie auf nicht erkannte Probleme aufmerksam machen, wenn sie die Interessen der betroffenen Bevölkerung artikulieren und wenn sie konstruktiv an einer Konfliktlösung mitarbeiten.
- Bürgerinitiativen können einen negativen Beitrag zur Lösung politischer Konflikte leisten, wenn sie ihre partiellen Interessen als repräsentativ für die gesamte Bevölkerung ansehen

und damit sich selbst zum absoluten Maßstab der Beurteilung von Projekten setzen. Ihre Einflußnahme muß auch dann als bedenklich eingestuft werden, wenn sie die anerkannten Spielregeln der politischen Konfliktlösung nicht einhalten, sondern durch illegitime Methoden für die nachträgliche Verhinderung demokratisch getroffener Entscheidungen.

- Bürgerinitiativen sind insoweit ambivalent einzustufen, als sie in Konkurrenz zu den politischen Parteien eine weitere Ebene der politischen Interessendurchsetzung darstellen, die einerseits ein erweitertes Mitbestimmungsrecht der von Planungen betroffenen Bürgern ermöglicht und damit dem demokratischen Ideal einer umfassenden Beteiligung aller Staatsbürger näherkommt, andererseits aber die über den lokalen Rahmen hinausgehende Zieldimensionen und Nutzenabwägungen auf eine örtliche Akzeptanzfrage reduziert: Die Benachteiligten eines Programmes entscheiden nach ihren persönlichen Präferenzen, nicht nach den Vorteilen für andere.